Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 39

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ist ein Ereignis von grosser historischer Bedeutung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung.»

Peking betrachtet also die Aera der sowjetischen Vorherrschaft im kommunistischen Block mit dem Jahre 1960 als abgeschlossen. Zur weiteren Entwicklung des Zwistes bringt die Publikation weniger von dem, was den Charakter eigentlicher Enthüllungen hätte. Um so massiver werden die Formulierungen, So etwa wird dem neuen sowjetischen Parteiprogramm (am 22. Parteikongress im Herbst 1961 angenommen) attestiert, es handle sich um «ein revisionistisches Programm zur Beibehaltung und Restaurierung des Kapitalismus».

Uebrigens wird in diesem Zusammenhang ein Wort von Chruschtschew an Tschu En-lai (der chinesische Regierungschef war Leiter der Delegation seines Landes am 22. KPdSU-Kongress) kolportiert: «*Die Stimme der KPCH*», so habe sich der sowjetische Parteichef geäussert, «*war damals (vor dem 20. Parteitag) für uns von grosser Bedeutung. Aber jetzt hat die Situation geändert. Unsere Lage ist gut, und wir werden unseren eigenen Weg gehen.*»

Die handfesten Mittel der Auseinandersetzung

Die rein machtpolitischen Aspekte des sino-sowjetischen Konfliktes nehmen im Text der «Volkszeitung» einen kleineren Raum ein. Immerhin sind die Stellen interessant.

Bemerkenswert ist zunächst, dass eine kommunistische Partei anscheinend schon im vornherein davon überzeugt ist, dass eine «ideologische» Meinungsverschiedenheit mit einer anderen KP handfeste machtpolitische Folgen nach sich zieht. Man scheint unter Brüdern wirklich Bescheid zu wissen:

«*Wir haben ebenfalls erwogen, dass unsere Kritik an den Irrtümern der KPdSU-Führung uns Repressalien ihrerseits eintragen werde, dass dies unweigerlich dem sozialistischen Aufbau in China schweren Schaden zufügen werde.*»

Und siehe, die Erwartung wurde nicht enttäuscht:

«*Sie (die KPdSU-Führung) antwortete ... damit, dass sie uns vielfachem Druck auf politischer, wirtschaftlicher und militärischer Ebene aussetzte, dass sie immer brutalere Angriffe gegen uns vortrug.*»

Der grösste Teil der diesbezüglichen Vorwürfe ist mittlerweile bekanntgeworden: Verletzung von Abkommen über wirtschaftliche und militärische Hilfe (von 1957), Rückzug der sowjetischen Techniker in China 1960 und «Hunderte von gebrochenen Verträgen und Uebereinkünften, Einstellung gemeinsamer Publikationen und Radiosendungen, Niedergang der Handelsbeziehungen und ‚Schaffung von Komplikationen an der sino-sowjetischen Grenze'». Zu all diesen Punkten hat natürlich auch die Sowjetunion entsprechende Vorwürfe auf Lager.

Besonders aufschlussreich sind die Vorwürfe Pekings über sowjetische Subversionen in der Provinz Sinkiang. Mutmassungen über dortige Vorfälle waren zwar seit einiger Zeit im Westen zu lesen gewesen. Aber nun nehmen die Parteien selbst Stellung:

«*Im April und Mai 1962 führte die KPdSU-Leitung über ihre Organismen und ihr Personal in China subversive Aktivität von grösstem Ausmass in der Provinz Sinkiang, Region Ili, durch. Mit Versprechungen und Drohungen wurden Zehntausende von chinesischen Bürgern in sowjetisches Territorium gelockt. (Nach sowjetischer Darstellung handelt es sich um 50 000 geflüchtete Chinesen). Trotz wiederholter Proteste und Demarchen der chinesischen Regierung verweigerte die Sowjetregierung unter dem Vorwand ‚sowjetischer Gesetzlichkeit' und von ‚Humanitarismus' die Repatriierung dieser chinesischen Bürger. Bis jetzt hat der Vorfall noch keine Lösung gefunden. Das ist etwas Unglaubliches, etwas, was in der Geschichte der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten noch nie vorgekommen ist.*»

Die Veröffentlichung von «Renmin Ribao», die übrigens auch in «Hongqui» erschienen ist, hat unterdessen zwei Fortsetzungen gefunden, die den sowjetischen «Grossmachtchauvinismus» und «Revisionismus» in besonderen Aspekten behandeln, etwa dem Verhältnis Moskaus zu Belgrad. Alle Abhandlungen enthalten einen pathetischen Aufruf, zur Einheit zurückzukehren, was natürlich nach Angriffen dieser Art nicht leichter wird.

Konflikt

Kuba

Wo steht Castro?

Obwohl Kuba fast völlig von der Hilfe der Ostblockstaaten abhängig ist, vermeidet es Fidel Castro nach wie vor, in der sowjetisch-chinesischen Auseinandersetzung Stellung zu beziehen.

Sieben Wochen sind seit der Unterzeichnung des Teststoppabkommens in Moskau vergangen. Kuba, als einziges kommunistisches Land, hat sich offiziell immer noch nicht dazu geäussert, ob es dem Abkommen beitreten wird oder nicht. China, Albanien, Nordvietnam und Nordkorea haben erklärt, dass sie das Abkommen nicht unterzeichnen werden. Alle Länder des sowjetischen Ostblocks haben sofort ihren Beitritt erklärt. Diese Unentschlossenheit scheint aber bis jetzt noch keinen Einfluss auf seine Beziehungen zum Sowjetblock gehabt zu haben. Man schätzt, dass das Land täglich etwa eine Million Dollar Unterstützung erhält. In den vergangenen Wochen mehrten sich die Anzeichen dafür, dass Moskau nicht daran denkt, irgendwelche Konsequenzen aus Kubas zweifelhafter Haltung zu ziehen:

Am 4. September wurde zwischen Kuba und der DDR ein Handelsabkommen geschlossen, das Kuba langfristige Kredite in Höhe von insgesamt zehn Millionen Dollar gewährt.

Am 11. September berichtete Radio Havana, Castro habe als persönliches Geschenk Chruschtschews ein russisches Auto erhalten, da er sich von der russischen Automobilindustrie anlässlich seines Aufenthaltes in der UdSSR sehr beeindruckt gezeigt und sich lobend geäussert hatte.

Am 16. September meldete Radio Warschau, die UdSSR werde Kuba 3500 Zuckerrohrlader liefern.

Am 19. September meldete Radio Moskau, dass 2000 Kubaner, die sich ein Jahr lang auf Fachschulen in der UdSSR aufgehalten hatten, innerhalb der nächsten Tage nach Kuba zurückkehren werden.

Aus der Presse lässt sich aber auch entnehmen, dass Kuba ebenso bemüht ist, gute Beziehungen zum kommunistischen China zu unterhalten.

Am 2. September brachte die amtliche chinesische Nachrichtenagentur ein Telegramm Castros, in dem er den chinesischen Führern für ihre Wünsche zum 10. Jahrestag des kubanischen Aufstandes vom 26. Juli dankte. In dem Telegramm hiess es weiter, er hoffe, die Freundschaft zwischen den beiden Völkern und den beiden Regierungen möge mit jedem Tag enger und stärker werden.

Am 13. September berichtete Radio Havana die Unterzeichnung eines Kulturabkommens zwischen Kuba und Albanien (Chinas europäischem Verbündeten), das den Austausch von Studenten und Schauspielern vorsieht.

Am 15. September gab die amtliche chinesische Nachrichtenagentur die Ankunft einer kubanischen Handelsdelegation unter der Leitung von Luis Mariano Silva, dem Direktor der Abteilung für Rohstoffe im kubanischen Aussenhandelsministerium, bekannt. Die Delegation wurde vom stellvertretenden Aussenhandelsminister Lu Heu-chang und anderen chinesischen Funktionären begrüsst.

Am 16. September schickte Castro ein Telegramm an die albanischen Führer und dankte ihnen für ihre Wünsche anlässlich des Jahrestages der Juli-Revolution. Er versprach ihnen, dass die Bande herzlicher Freundschaft zwischen Kuba und Albanien zur völligen Zerstörung des Imperialismus beitragen werden.

Das Bild des «Yankee-Imperialismus», das die Kommunisten in Lateinamerika entwerfen, liegt heute eher bei der propagierten chinesischen Vorstellung, wenn es auch keineswegs etwa mit der klassischen Moskauer Vorstellung unvereinbar ist.

Lateinamerika

Noch ist die Spaltung klein, aber ...

Wie weit wirkt sich Fidel Castros Zögern, im Konflikt zwischen Moskau und Peking eindeutig für die Sowjetunion Stellung zu beziehen, in den verschiedenen kommunistischen Parteien Lateinamerikas aus?

Nun, die sowjetische KP spielt auf diesem Kontinent noch eindeutig die dominante Rolle, aber die Anhänger Maos führen sich auch dort äusserst initiativ auf, wo sie nur kleinste Kontingente stellen. Ihre Bedeutung liegt nicht in ihrer zahlenmässigen Stärke, sondern in ihrer Dynamik. Darin besteht ihre Gefährlichkeit für die Vertreter der Moskauer Gruppe.

In den einzelnen Ländern präsentiert sich die Lage wie folgt:

Brasilien: Sechs ehemalige KP-Funktionäre, die vor zwei Jahren wegen «Rechtsabweichung» aus der Partei entfernt worden waren, gründeten eine Splitter-KP, deren Programm im wesentlichen auf den Pekinger Anschauungen basieren. Zum Unterschied zur moskautreuen «Brasilianischen KP» nennen sich die Anhänger Mao Tse-tungs «KP Brasiliens». Die «Moskowiter» haben etwa 30 000 Mitglieder, die

«Chinesen» nur rund 1000. Diese Minderheit ist jedoch sehr aktiv, scheint keinerlei finanzielle Sorgen zu haben und ist ausserdem bemüht, Kontakte zu anderen linksgerichteten Radikal-Gruppierungen aufzunehmen.

Mexiko: Im Juli 1963 weilte eine rotchinesische Handelsdelegation im Lande, die nichts unglieder des Zentralkomitees der KP Mexikos auf den Kurs Pekings zu bringen. Das Zentralkomitee der mexikanischen KP jedoch lehnte alle Vorschläge der Rotchinesen ab — wenn auch nur mit sechs zu vier Stimmen. Daraufhin gründeten die «Pekinger» eine Splitterpartei. Zwei Voll- und zwei stellvertretende Mitglieder des Zentralkomitees der KP Mexikos wurden wenige Tage später von ihren Posten suspendiert.

Ekuador: Nur der Staatsstreich gegen Präsident Arosemena verhinderte hier die Bildung einer pekingtreuen kommunistischen Partei. Im Zuge des militärischen Coups vom Juli wurden die meisten Führer der KP verhaftet. Sie können ihre ideologischen Gespräche als Häftlinge in den Gefängnissen fortsetzen.

Venezuela: Hier hat es die sowjetische Diplomatie bisher verstanden, die Gründung einer Spalterpartei zu verhindern. Die Kommunisten Venezuelas waren entschlossen, sich insgesamt zu Peking zu bekennen. Da erhielten sie aus Moskau die Nachricht, die sowjetischen Kommunisten hätten nach eingehender Prüfung anerkannt, dass die Verhältnisse in Venezuela einen Umsturz, einen Bürgerkrieg und die Revolution rechtfertigten. Dabei sei mit Hilfe von aussen — vermutlich von Kuba her — zu rechnen. Die KP Venezuelas brauchte also zunächst das «grüne Licht» Pekings nicht, da Moskau im Sinne der Rotchinesen entschieden hatte.

Guatemala: Offen sind in Guatemala bisher noch keine Spaltungserscheinungen zu beobachten. Doch sollen vor allem junge Kommunisten, die zum Teil auf Kuba oder in der Sowjetunion geschult wurden, mehr zu Peking als zum «grossen Lehrmeister», als zur Sowjetunion tendieren.

Chile: Hier scheinen die Sowjets ganz fest im Sattel zu sitzen. Wer auch nur andeutungsweise mit Peking liebäugelt, wird sofort aus der Partei ausgeschlossen. Sämtliche Mitglieder der kommunistischen Partei wurden in persönlichen Schreiben des 1. Vorsitzenden davor gewarnt, sich die Thesen Pekings zu eigen zu machen. Ausserdem wurde ihnen ein striktes Verbot auferlegt, sich mit Rotchinesen, die in ganz Südamerika in immer verstärktem Masse auftreten, zu treffen.

In *Paraguay, Peru und Bolivien* dagegen sind die ersten Anzeichen für eine Trennung vorhanden. Es dürfte in allen drei Ländern nur eine Frage der Zeit sein, wann sich eine Gruppe von Kommunisten offen für Peking entscheidet.

Verkehr

UdSSR

Aeroflot nicht so flott

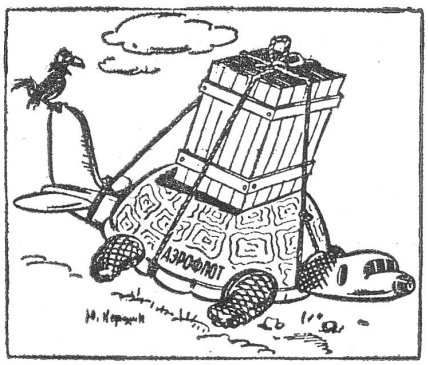
Die sowjetische Luftfahrtgesellschaft Aeroflot hat zwar einen relativ billigen Passagierdienst im Binnenverkehr, aber mit der Frachtbeförderung scheint es zu hapern.

Die Wirtschaftszeitung «Ekonomitscheskaja Gasjeta» berichtet von folgendem Fall:

Einige Kisten Elektrogeräte im Gewicht von zwei Tonnen gingen am 29. Juli mit Aeroflot von Moskau ab. Ihren Bestimmungsort Tscherjepowjez, 350 Kilometer weit Richtung Leningrad, erreichten sie am 17. August. Und die Kosten für diesen Kleintransport beliefen sich auf 725 Kubel und 31 Kopeken.

Der Fall mag extrem liegen, beleuchtet aber vielleicht besonders die Tatsache, dass die Luftfracht in der Sowjetunion überhaupt zu den unterentwickelten Beförderungsarten gehört. Eine Darstellung über die Entwicklung der sowjetischen Warentransporte, die im Frühling dieses Jahres im gleichen Fachorgan für Wirtschaft erschien, liess eine Rubrik über Luftfracht überhaupt vermissen (siehe KB, Nr. 19).

Sorgenkind des sowjetischen Verkehrs ist aber weniger die Aeroflot, die volumenmässig keine grosse Rolle spielt, als vielmehr die Strasse. Mehrmals ist dieses Jahr auf die schlechte Rentabilität der Ueberlandtransporte hingewiesen worden, bei denen die Lastwagen oft



genug den Rückweg überhaupt unbeladen vornehmen. Der schlechte Zustand der Strassen, die nicht gerade zum Hauptverkehrsnetz gehören, bringt dazu einen grossen Materialverschleiss mit sich. Schliesslich haben die kurzen Transportstrecken, die den einzelnen Unternehmen zugewiesen sind, ein häufiges Umladen zur Folge, was weder der Raschheit noch der Rentabilität förderlich ist. So bleibt die Eisenbahn als zuverlässigstes Transportmittel, sofern nicht Güterwagen einfach auf Abstellgleisen vergessen werden, was zuweilen auch vorkommt.

Berichterstattung

Ostblock/Schweiz

«Die Italienerfresser»

Der Raum, den die osteuropäische Presse dem Konflikt mit China widmen muss, hindert sie natürlich nicht, die Berichterstattung über die «kapitalistischen» Länder mit den klassischen Themen weiterzuführen.

Was die Schweiz betrifft, so ist das grosse klassische Thema seit Jahr und Tag (neben der Frage unseres Beitritts zur EWG) das Problem der italienischen Arbeiter. Nachdem die Schweizer Arbeiterschaft als «Arbeiteraristokratie» und «Verbündete der Bourgeoisie» angegriffen wird, bleiben neben den Bergbauern ja fast nur noch die südländischen Arbeitskräfte, um die Ausbeutungsmentalität unseres Systems zu beweisen.

Das Thema ist jetzt in der Ostblockpresse wieder heftig aufgegriffen worden. Einmal wegen den Ausweisungen einiger kommunistischer Agitatoren und dann wegen der kurzlebigen «Partei», die sich die Vertreibung der Gastarbeiter zum Ziele gesetzt hatte. In diesem Falle waren die kommunistischen Zeitungen offenbar um das Bestehen einer schweizerischen Sensationspresse froh, die sonst als übelster Auswurf der kapitalistischen Dekadenz nicht genug angeprangert werden kann.

Mit grösster Ausführlichkeit behandelte namentlich «Neuer Weg», Bukarest, das Kapitel. Der Abschnitt «Ausländer raus» unter einem mit «Schweizerische Sorgen» betitelten Aufsatz geht nach einer verhältnismässig objektiven Schilderung der Sachlage auf Verallgemeinerungen aus, wie diese: «Es ist nichts Neues, dass sich Wirr- und Dummköpfe die von allen reaktionären Kreisen immer latent gehaltene Ausländerabneigung zunutze machen, um eine neue ‚Bewegung' nach bekanntem Vorbild aufzuziehen.» Die Anspielung geht natürlich auf den Nationalsozialismus (den «Neuer Weg» freilich niemals so nennen würde, sondern «Faschismus», obwohl der nur in Italien stattfand), welcher der schweizerischen Reaktion überhaupt zu Gevatter gestanden haben soll. Aber gerade an diesem Beispiel ist die Heuchelei manifest. Denn gerade anhand der Beschäftigung von «Fremdarbeitern» (der «hitlerfaschistische» Gebrauch des Wortes wurde immer betont) wurde von der kommunistischen Presse immer wieder eine Parallele zum Dritten Reich konstruiert, die italienischen Arbeiter immer wieder in Parallele gesetzt zu den Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen (faschistisch genannten) Regimes.

Die tschechoslowakische Zeitung «Uj Szo» (Zeitung der ungarischen Minderheit in Bratislava) wird diesbezüglich deutlicher, ohne allerdings sofort unsere ganze Bevölkerung in diese Interpretation hineinzubeziehen: «Stocker wird unbestreitbar von der Rassentheorie Hitlers gelenkt und zeigt sich als würdiger Nachfolger des ‚Führers'... Der grössere Teil der schweizerischen Bevölkerung verurteilt aber diese Theorie... Kein anständiger Mensch will mit dem Supernationalisten in Kontakt treten.» Soweit wird man sich einverstanden erklären können. Aber gleich folgt der Schlusseffekt: «Eine Frage wartet aber noch auf Antwort: Wie kann die Schweiz erlauben, dass Stocker und ähnliche Gesellen ungestraft ran-

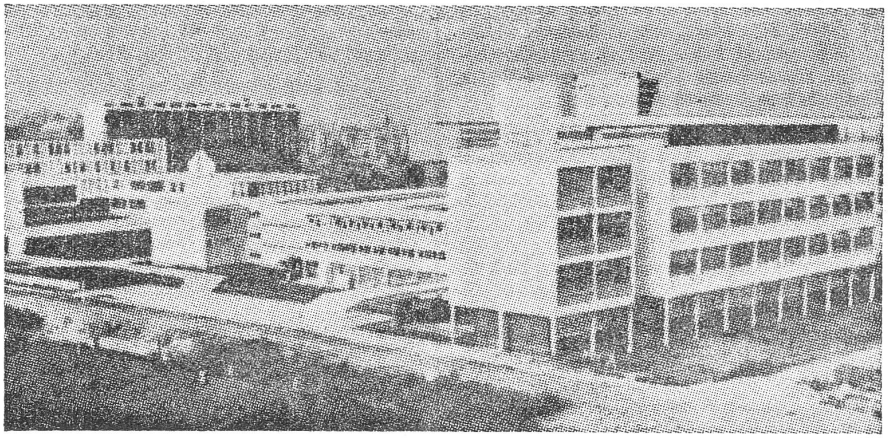
«Der grösste Stolz dieser vierschrötigen Urschweizer war von jeher, dass sie nie von den Gebräuchen ihrer Vorfahren auch nur um ein Haarbreit gewichen sind, dass sie die einfältige, keusche, biderbe und tugendsame Sitte ihrer Väter im Strome der Jahrhunderte unverfälscht bewahrt haben.» Friedrich Engels in «Deutsche Brüsseler Zeitung» vom 14. November 1847.

«Was, ihr Schweizer Weiber wollt das Wahlrecht haben? Das hat ja nicht mal der Kommunist Engels von uns erwartet.» («Eulenspiegel», Ostberlin.)

dallieren? Die demokratische öffentliche Meinung der Welt hat die Konsequenzen sicher gezogen ...»

Nun denn, wenn «Uj Szo» wirklich nach der Antwort fragt: Wir haben einen Begriff von Meinungsfreiheit, der von gewissen Elementen ausgenützt werden kann. So können Stocker «und ähnliche Gesellen», die Mitglieder der PdA nämlich, tatsächlich randallieren.

Ein anderes «klassisches» Thema, das fehlende Frauenstimmrecht nämlich, hat sich die ostdeutsche Humorzeitschrift «Eulenspiegel» kürzlich sogar für ein Titelblatt ausgesucht. Das Engelszitat in Verbindung mit der «urschweizeischen» Schlussfolgerung ist sogar recht witzig (wenn auch festzuhalten wäre, dass es den Schweizer Frauen um ein bedeutend echteres Wahlrecht geht als das Einwerfen der Einheitsliste und um das Stimmrecht erst noch dazu), aber das Bild: Bayrische Montur mit allem, was dazu gehört. Immerhin passt das wahrscheinlich zur politischen Kenntnis des Zeichners über die Schweiz.



In Jugoslawien werden auch Eigentumswohnungen gebaut, aber sie sind teuer. Für diese Wohnungen in Zagreb, von denen 200 ausgeschrieben sind, meldete sich ein einziger Kaufinteressent. Grund: Eine Einzimmerwohnung kommt auf 3 Millionen und eine Dreizimmerwohnung auf 7 Millionen Dinar zu stehen. Der Monatslohn eines Facharbeiters beträgt gut 20 000 Dinar.

Lebensstandard

CSSR

Autos: hohe Nachfrage Preise: fraglos hoch

Die grosse Nachfrage an Personenwagen in der CSSR ist dadurch reguliert worden, dass man die Preise ganz massiv erhöhte. Ein Arbeiter müsste sein ganzes Gehalt während zwei Jahren auf die Seite legen, um sich ein Auto kaufen zu können.

Die Nachfrage nach Personenautos von seiten der Bevölkerung ist in der Tschechoslowakei in den letzten Jahren stark gestiegen. In den Jahren 1960 bis 1962 wurden zwar jährlich fast 30 000 Wagen zugeteilt, doch stieg die Zahl der Interessenten weitaus schneller an. Seit 1956 wurden Personenautos gegen Bezugsschein verkauft. Bei Einreichung des Gesuches musste der Interessent bei der Bank bis zu 20 000 Kronen hinterlegen. Im Jahre 1959 wurde daneben für den Verkauf von Automobilen auch der «freie Markt» eingeführt (wo jedoch nur teurere Typen zum Verkauf gelangten und ebenso eine jahrelange Eintragung auf der Warteliste notwendig war). Im Herbst 1962 wurde «zwecks Abschwächung des Missverhältnisses zwischen Nachfrage und Angebot» eine einheitliche Art des PKW-Verkaufs eingeführt, und zwar gegen Bezugsschein und vorherige Einzahlung von 20 000 Kronen. Gleichzeitig wurden jedoch auch die Preise erhöht. Dadurch sind alle jene Bewerber ausgeschieden, die nicht beziehungsweise nicht sofort über die nötigen 20 000 Kronen verfügen. So zum Beispiel haben von den 96 454 Bewerbern für einen Wagen auf dem «freien Markt» nur 35 645 den geforderten Betrag hinterlegt. Seit der am 1. November 1962 erfolgten Erhöhung der PKW-Preise kostet zum Beispiel der Skoda-Octavia 39 000 anstatt 27 000 Kronen. Die neuen Preise für die übrigen Autos sind folgende: Fiat 600 31 000 Kronen, Wartburg 37 000 Kronen, Wartburg de Luxe 38 500 Kronen, Skoda-Octavia Super 39 500 Kronen, Moskwitsch 45 000 Kronen, Simca 48 000 Kronen, Hillman 50 000 Kronen, Wolga 56 000 Kronen.

Nach Angaben des tschechoslowakischen Jahrbuches für 1961 beträgt der Durchschnittslohn eines Facharbeiters 1430 Kronen und der eines Angestellten 1220 Kronen.

Soziales

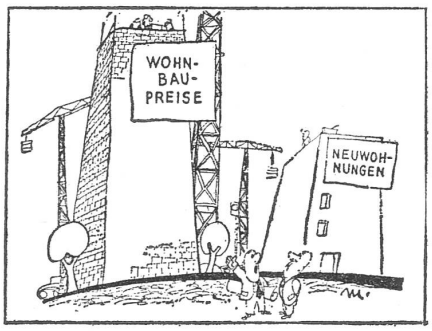
Polen

Wohnungsbau billiger

Die kürzliche Erhöhung der Preise für einige Lebensmittel (vor allem Milchprodukte) und Konsumgüter in Polen (mit der allerdings eine Erhöhung der Minimallöhne und Familienzulagen verbunden war), scheint auf einem anderen Gebiete in etwas kompensiert zu werden: der Wohnbau wurde billiger.

Die gegenwärtig systematisch geführte Aktion zur Verbilligung des Wohnungsbaus hat zum Ziele, für die ersparte Summe weitere Wohnungen zu bauen. Es wird behauptet, dass Polen diesbezüglich erhebliche Erfolge erzielte: der Wohnungsbau wurde billiger. Im Laufe der letzten fünf Jahre haben sich die Baukosten um etwa 6 Prozent verringert, während der letzten drei Jahre um 7 Prozent. In der Perspektive sollen sie weitere Reduzierungen erfahren. Bis 1970 sollen die Baukosten um etwa 20 Prozent reduziert werden. Im Durchschnitt belaufen sich die Baukosten gegenwärtig auf 2380 Zloty pro Quadratmeter Wohnfläche. Die besten Erfolge erzielte man in Warschau und in Ladz.

Allerdings ist die Wohnungsnot in Polen nach wie vor sehr gross. Zu Beginn des neuen Semesters bildet vor allem die Unterkunft der 175 000 Studenten ein grosses Problem. Von vier Studentenheimen, die im Herbst bezugsbereit sein sollen, sind lediglich die zwei kleinsten erstellt, ein weiteres wird mit einigen Monaten Verspätung geöffnet werden, während das grösste (in Krakau, für 800 Personen) noch nicht gebaut ist. Der Vermittlung von Zimmern in Untermiete war kein guter Erfolg beschieden (in Posen 200 statt der vorgesehenen 900, in Lodz und Krakau je 100 usw.).



«Siehst du, wir sind zwar ohne Baupläne, aber unsere Konstruktion wächst eben von allein in die Höhe.» («Delo», Ljubljana.)

In Budapest macht zwar der Wohnbau laut «Nepszava» gute (und dringend benötigte) Fortschritte, aber die Instandhaltung ist schlecht. 25 000 Wohnungen mussten wegen Vernachlässigung zum Abbruch vorgeschlagen werden. 1961 wurden in Ungarn auf tausend Einwohner 6,7 Wohnungen gebaut. Bei sechzig Prozent handelt es sich um Zwei- oder Mehrzimmerwohnungen.

In der Stadt Györ werden 3000 gerechte und begründete Gesuche um Zuteilung von Wohnungen registriert. Darunter gibt es 1500 Familien, welche überhaupt keine Wohnung haben. Die übrigen Familien haben zwar eine Wohnung, welche aber ihren Familienverhältnissen und Ansprüchen nicht mehr entspricht. Die Gesuche sind meist alt. Allein dieses Jahr wurden mehr als 1300 Wohnungsgesuche eingerechnet. Im Durchschnitt entfallen 9 Gesuche auf einen Arbeitstag. Im städtischen Sowjet ist an zwei Tagen pro Woche öffentlicher Empfang der Werktätigen. An diesen Tagen kommen 60 bis 80 Personen; die meisten wollen Wohnungen. Jährlich bekommen 60 bis 70 Familien neue Wohnungen.

Viele Schwierigkeiten verursachen die Scheidungen. Das Gericht ist des öftern nicht geneigt, die Wohnung zwischen den ehemaligen Eheleuten zu verteilen, sondern es spricht sie einem der Eheleute zu. Der andere Partner ist aber nicht geneigt, die gemeinsame Wohnung zu verlassen, denn er bekommt keine andere.

(«Kisalföld», Györ)

Genossenschaftsbau in der UdSSR

Um das Wohnungsproblem schneller zu lösen, hat sich der sowjetische Staat bereit erklärt, den genossenschaftlichen Wohnungsbau zu unterstützen. Die genossenschaftlichen Bauvereinigungen erhielten weitgehende Rechte und Pflichten. Im laufenden Jahr sollen die Baugenossenschaften 1 463 000 Quadratmeter Wohnfläche bebauen. Die lokalen Abteilungen der Baubank sollen zu diesem Zwecke 117 Millionen Rubel Kredit gewähren. Die Bautätigkeit verläuft aber schlecht, und die Kredite werden unzufriedenstellend ausgenützt. Jetzt läuft schon das zweite Halbjahr, und von 117 Millionen Rubel Kredit wurden lediglich elf Millionen gewährt. In 7 Monaten wurden lediglich 223 000 Quadratmeter Wohnfläche er-

stellt. Die Baugenossenschaften müssten dieses Jahr 5 Prozent des Wohnungsbauplanes erfüllen. Die Werktätigen sollen durch ihr erspartes Geld dem Staat mithelfen, das Wohnungsproblem schneller zu lösen.

(«Sowjetskaja Rossija», 12. September)

Gewerkschaften

UdSSR

Überstunden freiwillig

Fünfundachtzig Prozent aller sowjetischen Werktätigen konzentrieren sich darauf, für den gleichen Lohn mehr zu arbeiten. Das ist nämlich der Sinn des Wettbewerbs für die vorzeitige Erfüllung des Siebenjahresplanes (der 1965 zu Ende geht) und der Bewegung für «kommunistische Arbeit» (die unbezahlte freiwillige Zusatzarbeit meint). Wer dafür sorgt, dass sich die Arbeiter für diese Mehrarbeit einspannen lassen, sind die Gewerkschaften. Denn sie sind damit beauftragt, die Interessen des staatlichen Arbeitgebers zu wahren.

Zahlen über die sowjetischen Gewerkschaften im Jahre 1962 veröffentlichte die Zeitschrift «Sowjetskaije Profsojusy» in ihrer letzten Nummer. Der Bericht beschäftigt sich bedeutend mehr mit den Produktionsleistungen als mit den Sozialleistungen, die natürlich auch existieren:

Im Jahre 1962 hatten die sowjetischen Gewerkschaften 66 Millionen Mitglieder. In der Industrie, im Bauwesen und im Verkehr gab es 120 000 Gewerkschaftsorganisationen mit 40 Millionen Mitgliedern, in der Landwirtschaft 33 000 Organisationen mit 10 Millionen Mitgliedern. Die Tätigkeit der Gewerkschaften konzentriert sich auf die Errichtung der materiell-technischen Basis des Kommunismus. Am Wettbewerb für die vorzeitige Erfüllung des Siebenjahresplanes nahmen zirka 85 Prozent aller Werktätigen teil. Die Bewegung der kommunistischen Arbeit umfasst mehr als 21 Millionen Menschen. Um den Titel eines Kollektivs der kommunistischen Arbeit wetteiferten mehr als 1 Million Brigaden, beinahe 200 000 Werkstätten und Abteilungen, zirka 35 000 Betriebe aller Branchen der Volkswirtschaft. 330 000 Brigaden, 32 000 Werkstätten und 1175 Betrieben wurde der hohe Titel schon verliehen.

In 64 000 Betrieben und Baustellen sowie in 52 000 Grosswerkstätten arbeiteten unter der Leitung der Gewerkschaftsorganisationen ständige Produktionskonferenzen. An ihnen nahmen zirka 5 Millionen Spitzenarbeiter, Techniker, Ingenieure und Angestellte teil. Die ständigen Produktionskonferenzen nahmen zirka 2 Millionen Vorschläge und Empfehlungen bezüglich der Vervollkommnung der Organisation der Arbeit und der Produktion an. Die Organisationen der Unionsgesellschaft der Erfinder und Erneuerer sowie diejenigen der wissenschaftlich-technischen Gesellschaften arbeiten unter der Leitung der Gewerkschaften und vereinigten 4,5 Millionen Mitglieder. In den Betrieben, Baustellen, wissenschaftlichen Forschungsorganisationen waren mehr als 15 000 gesellschaftliche Konstruktionsbüros, mehr als 6000 Büros für wissenschaftliche Analyse, 68 000 Komplex-Brigaden, zirka 900 gesellschaftliche wissenschaftliche Forschungsinstitute, Laboratorien und Gruppen, 300 gesellschaftliche Büros für technische Information usw. tätig.

Unter der Leitung der Gewerkschaften befanden sich mehr als 1500 Sanatorien, Erholungsheime, Heime der Pensionierten und andere Erholungsanstalten. Während eines Jahres erholten sich 5 Millionen Arbeiter und Angestellte in den verschiedenen Erholungsheimen der Gewerkschaften. Mehr als 4 Millionen Kinder von werktätigen Eltern verbrachten die Sommerferien in Pionierlagern, Erholungslagern oder Touristenheimen. Das Staatsbudget für soziale Versicherung belief sich im letzten Jahr auf 8433 Millionen Rubel, das heisst um 5,8 Prozent mehr als 1961.

An der gesellschaftlichen Massenkontrolle der Gewerkschaften über die Erfüllung der Wohnbaupläne sowie der Pläne der kulturellen Bautätigkeit usw. über das Funktionieren des Handels und der öffentlichen Speisung nahmen zirka 6 Millionen Aktivisten der Gewerkschaften teil.

Unter der Leitung der Gewerkschaften befanden sich 18 000 Klubs, Kulturheime und -plätze.

Wirtschaft

Ostblock

Der RGW-Ausbau

Bei allen Reibereien zwischen den Mitgliedern des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder Comecon, die Wirtschaftsorganisation des Sowjetblocks) mehren sich doch die Verträge und Abkommen über gemeinsame Unternehmungen.

Eine gemeinsame RGW-Bank, eine polnisch-tschechoslowakische Gemeinschaftsproduktion von Traktoren und ein neues Hochleistungskabel UdSSR-Polen-CSSR-SBZ sind neue Schritte des Comecon-Ausbaus.

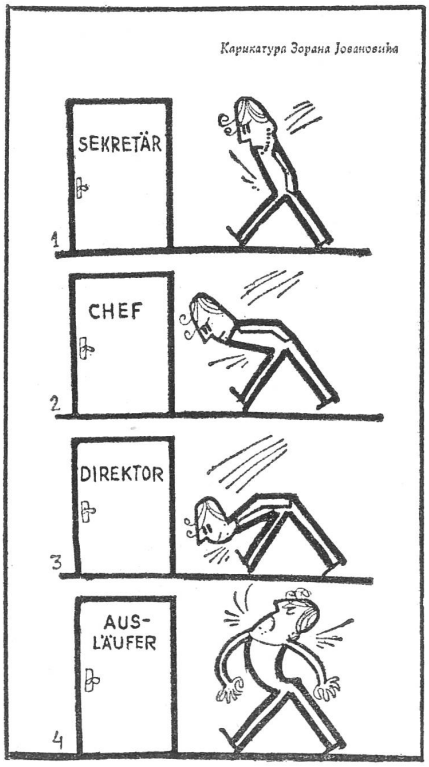
An der Moskauer Juliberatung der Partei- und Regierungschefs der RGW-Länder wurde der Vorschlag angenommen, im Handel zwischen den RGW-Ländern auf die vielseitige Verrechnung überzugehen. Die Verrechnungen wird die internationale Bank vornehmen.

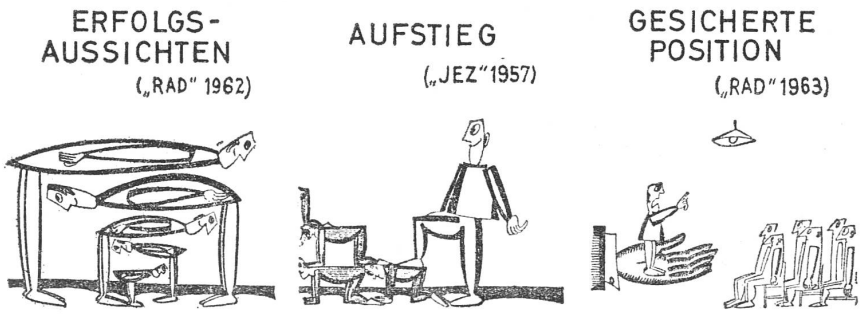
Die Vorbereitungen zur Eröffnung der gemeinsamen Bank sind im Gange, und man hofft, noch dieses Jahr ein entsprechendes Abkommen unterzeichnen zu können. Die Bank wird auf Grund eines Statutes tätig sein, das «allen Mitgliedern volle Gleichberechtigung und Achtung der Souveränität garantieren wird». Ein Projekt des Statutes wurde bereits angenommen.

In Warschau wurde ein Abkommen über die Organisierung und die Art der Finanzierung des tschechoslowakisch-polnischen Forschungs- und Konstruktionszentrums für Traktoren in Brno (Brünn) unterzeichnet. Dadurch wird der bestehende Zustand legalisiert, denn das genannte Zentrum, in dem tschechoslowakische sowie polnische Fachleute an der Entwicklung einer neuen gemeinsamen Serie tschechoslowakisch-polnischer Traktoren zusammenarbeiten, nahm seine Tätigkeit in Brno bereits Mitte des Vorjahres auf. Die polnische Fabrik Ursus wird im ersten Produktionsabschnitt tschechoslowakische Traktoren vom Typ T-Zetor erzeugen. Im zweiten Abschnitt wird dann sowohl die tschechoslowakische wie auch die polnische Industrie Traktoren herstellen, deren Konstruktion vom gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungszentrum ausgearbeitet wird.

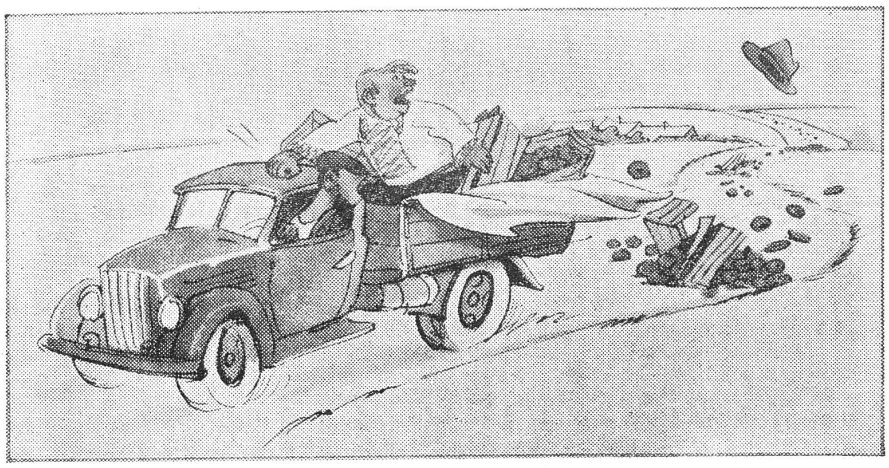
Demnächst soll ein weiteres Gemeinschaftsprojekt, eine Kabel-Fernverbindung auf der Strecke Moskau—Kiev—Krakow—Katowice—Brno—Prag—Berlin in Betrieb genommen werden.

Man rechnet damit, dass noch dieses Jahr über das neue Hochleistungs-Fernkabel internationale Telephongespräche sowie Fernsehprogramme übertragen werden können.





Zwei jugoslawische Bilderbogen zu einem ähnlichen Thema, dem Lauttreten oder Leisetreten, je nachdem. Das Motiv ist ja keineswegs ausschliesslich kommunistisch, aber es sollte eigentlich in einer kommunistischen Gesellschaft laut Parteitheorie allmählich verschwinden. Das es aber gleich bedeutend bleibt, zeigt gerade die horizontale Zusammenstellung der Belgrader Gewerkschaftszeitung «Rad», die aus drei verschiedenen Karikaturen verschiedener Jahre eine passende aktuelle Folge konstruieren konnte. Die einspaltige Vergleichsgeschichte stammt von der satirischen Zeitschrift «Jesch», ebenfalls Belgrad.



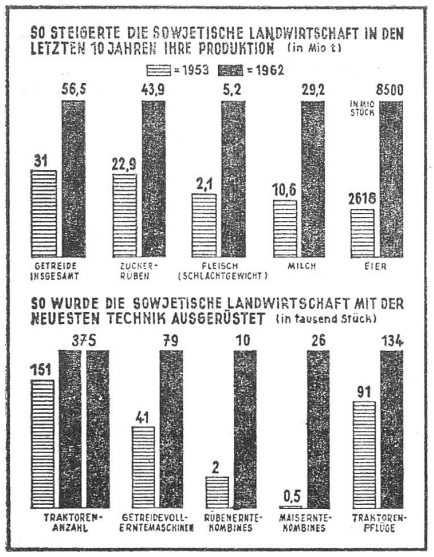
Der freiwillige Witz der Saison: «Halt! Mein Hut!» («Krokodil»)

Der Witz der Saison

ist in der kommunistischen Presse immer noch der Erntewitz, der durch die schlechten Erträgnisse dieses Jahres eine gewisse akute Grimmigkeit erhalten hat. Was immer der Anteil der Witterung sein mag, die allgemeine schlechte Lage der Landwirtschaft unter dem kommunistischen Regime ist keine saisonale, sondern eine dauernde Erscheinung. Etwas wie eine permanente Agrarkrise herrscht in allen kommunistischen Staaten. Im Unterschied zum machtpolitischen Ausbau der Industrie ist hier die Schwäche der Planwirtschaft manifest. Die Länder, die früher grosse Mengen an Lebensmitteln ausführen konnten, müssen heute importieren. Das trifft dieses Jahr übrigens nicht nur auf die Sowjetunion zu, deren Getreideeinkäufe in Kanada und Australien so grosses Aufsehen erregt haben, sondern auch auf verschiedene Volksdemokratien. Polen muss verschiedene Landwirtschaftsprodukte einführen, die es sonst zu exportieren pflegt, und die CSSR importiert nicht weniger als 90 000 Tonnen Fleisch. Uebrigens hat gerade die Prager offizielle KP-Zeitung «Rude Pravo» eben zugeben müssen, dass die Landwirtschaft trotz aller technischer Fortschritte der letzten Jahre nicht mehr produziere als vor dem Krieg.

Freilich kann man von der Partei nicht gut erwarten, dass sie die missliche Lage auf ihre eigene Ordnung zurückführe. So bringt denn auch jede schlechte Ernte eine ganze Anzahl von Sündenböcken, angefangen bei den Verantwortlichen für Transporte, Maschinen oder Geräte bis zum Bauer, dem immer wieder sein beschränktes Interesse vorgeworfen wird. Beschränkt wenigstens, wenn es um die Gemeinschaftsproduktion geht, während er sich um die Nebenwirtschaft, die er zu eigenem Profit bebaut, sehr intensiv kümmert. Das sehr privat liegende Interesse illustriert auch unsere «Krokodil»-Karikatur, die zweifellos zu den hübscheren Erzeugnissen der Saisonwitze gehört.

Einen andersgearteten Witz leistet sich «Neues Deutschland», wenn es ausgerechnet zum jetzigen Zeitpunkt eine Graphik über die steigende Leistung der sowjetischen Landwirtschaft bringt. Da es sich beim Ostberliner Parteiblatt nicht um eine Bosheit handeln kann, wird es wohl Dummheit sein.



Der unfreiwillige Witz der Saison: Eine sowjetische Erfolgsstatistik in «Neues Deutschland» zur gleichen Zeit, da in Moskau das Brot rationiert ist, und die UdSSR im Westen Getreide einkaufen muss.

Der Schnappschuss

Der Schmuggel von Schweizer Uhren aus Wien nach Ungarn wird laut Radio Budapest von weiten Kreisen der Bevölkerung «noch immer als heroische Tat betrachtet».

*

Demnächst werden zwei rumänische Güterwagen ein Jubiläum begehen können. Sie wurden 1954 gebaut und stehen seither auf einem Abstellgleis, ohne je in Betrieb genommen worden zu sein. Zwei metallverarbeitende Betriebe, das Ministerium für Metallurgie und Maschinenbau und die Zeitung «Romania Libera» sind in einem lebhaften Streit wegen der seinerzeitigen Bestellung und der jetzigen Verwendungsmöglichkeit begriffen. Das Problem wird wahrscheinlich gelöst werden, wenn sich eine Verschrottungsfirma um die beiden Waggons interessiert.

*

Aber nein, es ist der Comecon, der sich dafür interessiert. Denn Rumänien macht nun an der RGW-Güterwagengemeinschaft doch mit (wie aus einer Meldung der Prager Agentur CTK hervorgeht), nachdem das in letzter Zeit zweifelhaft erschienen war (siehe KB, Nr. 37).

*

An der bulgarisch-griechischen Grenze verfolgte eine Patrouille besonders verdächtige Spuren eines Grenzverletzers. Er konnte denn auch gestellt und identifiziert werden. Es handelte sich um einen Bären. Aber die Patrouille, so stellt die Armeezeitung «Narodna Armija» fest, tat trotzdem ihre Pflicht. Denn könnten Grenzgänger nicht ihre Spuren als Bärenfährten tarnen?

*

Der kommunistisch gelenkte Weltfriedensrat ist «ein Instrument der gegenwärtigen Faschisten». Dieses Zeugnis stellt ihm laut «Trybuna Ludu» (Warschau) das Chinesische Solidaritätskomitee mit Asien und Afrika aus.

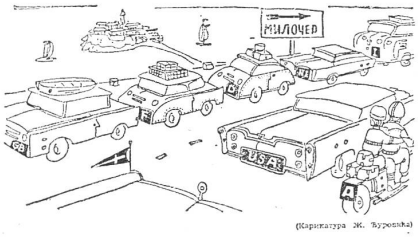
*

Nicht eine der weiblichen Beschäftigten im «volkseigenen» Dienstleistungsbetrieb Auerbach/V. fehlte bei der «Rechenschaftslegung zur Vorbereitung der Volkswahlen» durch den Betriebsleiter. Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung hatte Werkleiter Scheibe die am gleichen Tage fällige Lohnzahlung nicht wie üblich während des Tages vornehmen lassen, sondern auf «sofort nach der Rechenschaftslegung» festgesetzt. «Solche administrativen Anordnungen können niemals politische Ueberzeugungsarbeit ersetzen», kritisierte die SED-Kreisleitung den «Genossen Werkleiter».

*

«Keine Papiertüte gibt es in der Sanktannaer Konsumgenossenschaft. Will man zum Beispiel Zucker kaufen, so wird er einem direkt in die Verkaufs- oder Hosentasche hineingeschüttet. Sehr liebenswürdig, nicht wahr? (W. Feja)»

«Neuer Weg», Bukarest, 13. 9. 1963



(Карикатура Ж. Туросина)

Letzte Nachrichten der Agentur «Neues China»: «Westliche Imperialisten gehen massenhaft zum Revisionismus über.»

(«Pobjeda», Titograd)

Herausgeber: Schweiz. Ost-Institut AG • Sitz: Jubiläumsstrasse 41, Bern • Briefadresse: Postfach 1178, Bern-Transit • Telephon: (031) 2 77 69 • Telegramm: Schweizost Bern • Redaktion: Dr. Peter Sager, Christian Brügger • Verwaltung: Oswald Schürch • Druck: Verbandsdruckerei AG Bern • Jahresabonnement Fr. 20.— (Ausland Fr. 26.—; DM 24.—), Halbjahr Fr. 11.— (Ausland Fr. 13.50; DM 12.—). Einzelnummer Fr./DM —.50 • Postcheck III 24616 • Bank: Spar- und Leihkasse, Bern; Deutsche Bank, Frankfurt M.

Das Schweizerische Ost-Institut erforscht die politische und wirtschaftliche Entwicklung im kommunistischen Herrschaftsbereich • Es will durch sachliche Information zur Stärkung der Freiheit beitragen • Weitere Veröffentlichungen: Informationsdienst (Presseübersicht aus kommunistischen Staaten) • Wirtschaftsdienst (Nachrichten über die Wirtschaftsentwicklung im Ostblock) • Freier Korrespondenzdienst (Artikel für die Presse) • Swiss Press Review and News Report (englischer Wochendienst, für Redaktionen in Asien und Afrika kostenlos) • Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (spanischer Wochendienst, für Redaktionen in Zentral- und Südamerika kostenlos) • Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (französischer Wochendienst, für Redaktionen in Afrika und im Nahen Osten kostenlos) • Weltpolitische Notizen für den Unternehmer • Mitteilungsblatt (Orientierung für die Freunde des SOI) • Schriftenreihe.